4. Jahrgang. Nr. 61.

Danzig, Mittwoch, den 13. März 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. **Vierteljährlicher Abonnements-Preis:** für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements $12^1/_2$ Sgr.

West-Preußische Zeitung.

Mit Gott für König und Vaterland

SUUM CUIQUE

Nr. 61. 4. Jahrgang

Danzig, Mittwoch, den 13. März 1867.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

10. Plenar-Sitzung,
Montag, 11. März, Vormittags 10 Uhr
(Schluß)

Minister-Präsident Graf von Bismarck-Schönhausen fortfahrend:
Es kann nicht in unsrer Absicht liegen, das Militärbudget auch für den Zeitraum, wo es von Ihnen selbst als eisern behandelt werden sollte, und ein solcher Zeitraum ist meines Erachtens unentbehrlich, Ihrer Kenntniß zu entziehen. Es ist hier gesagt worden, als wenn das Militär-Budget mit einer gewissen Heimlichkeit nachher behandelt werden sollte. Soweit ich mir überhaupt diesen Gedanken schon klar gemacht habe, so schwebt er mir in der Art vor, daß wir jedenfalls ein Budget vorlegen würden, welche die Gesammtausgaben des Bundes umfaßt, die militärische nicht ausgeschlossen; nur würden wir das auf der Basis des mit der Vertretung für eine gewisse Dauer von Jahren abzuschließenden Vertrages thun, so daß man uns an dem Militär-Budget für diese Zeit keine Streichung machen kann, wenigstens keine solche, die nicht mit dem Bundes-Feldherrn vereinbart wäre. Es ist ja möglich, daß der Bundesfeldherr sich überzeugt, dies oder jenes kann ich entbehren, daß er selbst sagt, das will ich. Aber es muß einen Zeitraum geben, in welchem die Existenz des Bundesheeres nicht von zufälligen Schwankungen der Majorität abhängt. Ich will gern zugeben, daß es sehr unwahrscheinlich ist, daß sich in diesem Reichstage eine Majorität finden würde, die nicht dasjenige bewilligen würde, was Ihrer Meinung nach zur Vertheidigung des Landes hinreichend ist. Ich fürchte in dieser Beziehung nicht gerade von Partikularisten auf die Weise, auf die hier hingewiesen wurde, ich fürchte viel mehr von der Vermischung der Frage über die Grenze zwischen parlamentarischer und fürstlicher Gewalt mit der Frage von der Vertheidigungsfähigkeit Deutschlands dem Auslande gegenüber; ich halte es nicht für gut, daß man das Bedürfniß hat, den parlamentarischen Einfluß, den man erstrebt und den wir ja gerne den Parlamenten gönnen, vorzugsweise an der Armee zu üben, während mannichfache andere Felder immer überbleiben, um ihn zu üben. Ich glaube, meine Herren, es ist ein fast wirksameres Mittel, sich den Einfluß auf die Regierungen zu sichern, den mehrere vorgestrige Redner vermißten, wenn sie beispielsweise die Zollverträge in der Richtung Ihrer Gesetzgebung unterzögen, die dem Reiche Hülfsquellen abgeschnitten, wenn Sie beispielsweise diejenigen Beamten abstrichen, die auf dem Reichsbudget für Zollerhebung stehen; wenn Sie Ihre Thätigkeit dahin richten wollten, um ein Ihnen unannehmbares System der Regierung zu beseitigen, das Eisenbahn- und Telegraphenwesen lahm zu legen. Ich glaube, meine Herren, das wäre vielleicht wirksamer, als wenn Sie sich die Beschließung über die Zusammensetzung und Ausdehnung der Armee vorbehalten, denn dann richtet sich der Beschluß auf die Fundamente der Sicherheit und der staatlichen Existenz, namentlich in einem Bundesstaate, da ist die Regierung in derselben Unmöglichkeit nachzugeben, in der die preußische Regierung sich seit mehreren Jahren zu befinden glaubte. Wenn diese Einrichtung, die Bundes-Armee, vorläufig diejenige Basis, die am vollständigsten ausgebildet ist, diejenige Basis, die wir am unentbehrlichsten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, meine Herren, es würde mir das — verzeihen Sie mir, wenn ich ein Gleichniß brauche aus einem Beruf, in dem ich mich früher befand, den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitzlosen darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht; aus solchem Deichverbande würde ich einfach ausscheiden, da wäre mit das Wohnen zu unsicher, und ich würde mich der Gefahr nicht hingeben, daß einmal Diejenigen, die die Wirthschaft mit freier Weide wünschen, über Diejenigen, die mit bestellten und wasserfreien Aeckern die Oberhand gewännen und alle durch eine Wasserfluth zu Grunde gingen. Jedenfalls, wie ich es mir schon anzudeuten erlaubte, brauchen wir in dieser Beziehung ein unantastbares Uebergangsstadium, bis wir organisch zu Fleisch und Blut mit einander verwachsen sind (Bravo!) und dieser Gedanke wird auch, wie ich glaube, von einem großen Theil der strengeren Constitutionellen, die aber das Zustandekommen der Sache wollen, nicht angefochten. (Bravo! Sehr richtig!) Im Uebrigen bemerke ich in Bezug auf einige Einzelheiten, die monirt worden sind, um zu verhindern, daß die Diskussion sich öfter auf dieses Gebiet begiebt, als nöthig ist, beispielsweise unsere Beziehungen zu Süddeutschland. Der Herr Abg. Waldeck hat vorgestern sich lediglich von der Herstellung eines konstitutionellen einheitlichen Ministeriums die Wirkung versprochen, „dann hätten wir die Süddeutschen" wie er sich ausdrückte. Ich glaube, wir können sie nicht sicherer zurückschrecken, als wenn wir in eine solche Richtung treten, die, wie ich vorhin andeutete, mit der Mediatisirung der deutschen Fürsten große Aehnlichkeit hatte. Wer sind diese Süddeutschen? Einstweilen ist es die baierische, die württembergische die badische Regierung. Glauben Sie, daß S. M. der König von Baiern, oder von Württemberg, sich durch solche Einrichtungen, wie sie der Abg. Waldeck in Vorschlag brachte, besonders angezogen fühlt? (Heiterkeit.) Meine Herren! Ich weiß das Gegentheil. Unser Verhältniß zu Süddeutschland wird sich an der Hand des Artikels, der sich im Verfassungs-Entwurfe darüber befindet, meines Erachtens einfach und mit Sicherheit entwickeln. Wir haben zunächst mit Süddeutschland die Gemeinschaft des Zollvereins, eine Gemeinschaft, die in diesem Augenblicke allerdings bis zu einem gewissen Grade in der Luft schwebt, weil die Friedensverträge eine sechsmonatliche Kündigung vorbehalten, des wir uns über das Verhältniß von Nord- und Süddeuschland in dieser Beziehung geeinigt haben werden; um eine Einigung möglich zu machen, war dieses Kündigungsrecht nothwendig. Ich denke also, sobald wir mit der Norddeutschen Verfassung fertig sind, daß wir zunächst den süddeutschen Regierungen Eröffnungen machen, damit sie mit uns zusammentreten, um den Weg zu berathen, auf dem wir zu einem dauernden organischen, nicht alle 12 Jahre kündbaren Zollvereine gelangen. Wir haben für den Norddeutschen Bund diese Wohlthat gesichert durch Artikel über Zollgesetzgebung, wir können aber weder verlangen, daß die drei oder vier süddeutschen Staaten Alles dasjenige, was wir hier durch die Gesetzgebung, an der sie selbst nicht Theil nehmen, beschließen, ohne Weiteres annehmen sollen, noch können wir ihnen gegen das, was der Norddeutsche Reichstag gesetzlich beschließt, ein Veto einräumen, ein Veto, das man von drei oder vier Regierungen ausüben und mit ihren Ständen theilen würde. Soll der Zollverein in bisherigem Umfange fortbestehen, so ist ganz unvermeidlich, daß organische Einrichtungen geschaffen werden, vermöge deren Süddeutschland an der Gesetzgebung über Zollsachen Theil nimmt. Ich enthalte mich, das Nähere anzudeuten, ich glaube aber, es ergiebt sich von selbst, wie die Einrichtungen beschaffen sein müssen. (Ruf: sehr richtig.) Es ist schwer zu glauben, daß eine solche gemeinschaftliche organische Gesetzgebung für Zollsachen — und ich möchte doch dies nicht so unterschätzen und bloß mit dem geringschätzigen Namen „Zollparlament" belegen; was haben wir nicht für Kämpfe gekämpft, nur wer in den Geschäften gestanden hat, kann das beurtheilen, — wie erschienen uns nicht in den Jahren 1862 und 1864 gerade die Zollinteressen als die höchsten politischen Lebensinteressen! ich möchte das nicht unterschätzen, daß eine wirthschaftliche Gemeinschaft für Gesammtdeutschland geschaffen werden kann — also es ist schwer zu glauben, daß solche gemeinsame Organe der Gesetzgebung, wenn sie einmal geschaffen, sich der Aufgabe entziehen könnten, auch die meisten der übrigen Titel der materiellen Wohlfahrt so wie mancher formellen Gesetzgebung, über Prozeßwesen u. s. w. allmälig sich anzueignen, und auch darüber gemeinsame Bestimmungen für ganz Deutschland herbeizuführen. Was ferner die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland jedem Angriffe gegenüber in allen Fragen, wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handelt, für definitiv gesichert. Im Süden kann kein Zweifel darüber sein, daß, wenn er in seiner Integrität gefährdet werden sollte, Norddeutschland ihm unbedingt brüderlich beisteht (lebhaftes Bravo), im Norden ist kein Zweifel darüber, daß wir des Beistandes Süddeutschlands gegen jeden Angriff, der uns treffen könnte, vollständig sicher sind. (Bravo.) Einige andere Themata, auch lediglich um Wiederholungen zu vermeiden, erlaube ich mir zu berühren, z. B. die Frage der Reichssteuer. Daß eine Kontingentirung nach der Kopfzahl ein unvollkommener Modus, eine Aushülfe von vorübergehender Natur ist, gebe ich gern zu; das Beispiel von Bremen — ich will nicht gerade den Herrn Vertreter für Bremen vorzugsweise aufs Korn nehmen — und von Hamburg mit seinen reichen Einwohnern im Vergleich zu den Thrirgerwald-Bewohnern ist vollständig zutreffend. Die Verhandlungen der Vertreter der Regierungen unter einander haben auch gezeigt, daß dieses Bedürfniß der Einführung von Reichssteuern ziemlich allgemein empfunden wird und man hat sich schon mit den Gegenständen, welche sie betreffen könnten, beschäftigt. Ich glaube daher, daß, wenn es hier gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, zu deren Ueberwindung wir bei den kommissarischen Verhandlungen nicht Zeit hatten, namentlich eine solche Steuergesetzgebung sofort so weit auszuarbeiten, daß sie praktisch werden kann, daß bei den Regierungen ein prinzipieller Widerstreit dagegen wenigstens nicht obwalten wird. Ich betrachte das als Sache der Zukunft und als Sache der Gesetzgebung, sobald wir konstituirt sind. Konstituiren wir uns so rasch als möglich, dann haben wir die Fähigkeit, diese Frage zu erledigen, und ebenso die, von dem Vertreter für Wiesbaden angeregte wegen Freizügigkeit. Wenn er die bisherige Fassung des Artikels nicht vollständig und erschöpfend genug findet, so ist darin doch Alles enthalten, worüber wir uns in diesem Augenblick verständigen konnten. Es stehen da zum Theil sehr erhebliche partikulare Verfassungsrechte entgegen, die man nicht ohne Weiteres gewaltthätig durchbrechen kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß in Artikel 4 der Verfassung, Bestimmung 1 ausdrücklich die Frage der Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse und des Gewerbebetriebs u. s. w. der Gesetzgebung des Bundes zuweist. Der Herr Abgeordnete für Wiesbaden wird also, wenn er, wie ich hoffe, ebenso gut Mitglied des künftigen Parlaments sein wird, Gelegenheit haben, dort seine Anträge zu stellen. Ebenso verhält es sich mit der Aufgabe über das Civilrecht, die Hypotheken und diejenigen Gegenstände, die der Bundesgesetzgebung vorbehalten werden sollen, und es wird das voraussichtlich wenig Widerspruch bei den verbündeten Regierungen finden: keinen stärkeren, als denjenigen, der aus den augenblicklichen Rechtsverhältnissen, die man nicht mit rascher Hand zerschneiden kann, hervorgeht. Ebenso z. B. die Frage wegen Kontrahirung einer Bundesanleihe, über die einer der Herren Vorredner eine Bestimmung im Verfassungs-Entwurf vermißt hat. Wir haben nicht geglaubt, daß sie vermißt werden würden, denn der Artikel 65 lautet: Abgesehen von dem durch Art. 58 bestimmten Aufwande für das Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen, sowie von dem Aufwande für die Marine (Art. 50) werden die gemeinschaftlichen Ausgaben im Wege der Bundesgesetzgebung, und, sofern sie nicht eine nur einmalige Aufwendung betreffen, für die Dauer der Legislatur-Periode festgestellt." Wenn eine Anleihe zu gemeinschaftlichen Ausgaben gemacht werden soll, so ist also auch diese Geldbeschaffung, auch diese Manipulation meiner Ansicht nach durch Art. 65 auf dem Wege der Bundesgesetzgebung, d. h. der Beschlußnahme und der Berathung des Reichstages und dem Bundesrathe unterworfen und kann auf diese Weise gesetzmäßig zu Stande gebracht werden. Wenn von anderer Seite vermißt wurde die Möglichkeit, eine Interpellation an die Regierung zu richten. Meine Herren! Bequem ist die Einrichtung gerade nicht, aber ich glaube nicht, daß es bisher irgend Jemandem in den Sinn gekommen ist, daß wenn heute eine Interpellation gestellt worden wäre, wir sie nicht beantwortet hätten. Ebenso, wenn die Versammlung Zeit hat, Petitionen, die etwa eingehen, zu bearbeiten und sie auf den Gegenstand, mit dem wir uns beschäftigen, Bezug haben, — denn nur solche dürfen wir für den Augenblick annehmen, so würde dem auch nichts entgegenstehen; Sie werden, meine Herren, die sämmtlichen Regierungen bereit finden, auch ohne daß wir durchgreifende und allgemeine Motive vorgelegt haben, über jeden einzelnen Punkt, bei dem Sie Motive vermissen, motivirende Erläuterungen zu geben; ich glaube aber, daß das wesentlich in die Spezialdebatte hineingehört, denn Sie werden nicht zu allen Punkten, zu sehr vielen werden Sie nicht das Bedürfniß empfinden, überhaupt Motive zu besitzen, weil sie in sich selbst klar sind. Ich weiß nicht, ob ich während der Generaldiskussion noch weiter Veranlassung habe, das Wort zu nehmen oder einer meiner Herren Kollegen. Für den Augenblick wüßte ich dem, was ich gesagt habe, nichts weiter hinzuzufügen, als die nochmalige Aufforderung: Meine Herren! Arbeiten wir rasch! Setzen wir Deutschland, so zu sagen, in den Sattel! Reiten wird es schon können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Gottberg: Sie haben früher den Fehler gemacht, sich auf den Boden der Volkssouveränität zu stellen. Die liberale Partei muß die Lehren des letzten Jahres sich zur Richtschnur nehmen. Auch die konservative Partei bringt manches Opfer. Die Herren von der liberalen Seite verkennen ihre Stellung, sie sind hierher geschickt mit dem Spezialmandate, hier den Verfassungsentwurf des Norddeutschen Bundes zu berathen. Auch wir auf der konservativen Seite haben Bedenken gegen den Entwurf. Zuerst ist das Bedenken gegen das Parlament und gegen das allgemeine direkte Wahlrecht. Zwar sind diesmal die Wahlen gut ausgefallen, aber das kann sich auch ändern. Darum wünschen wir vor allen Dingen ein Oberhaus. Sodann erscheint uns ein absolutes Veto der Präsidialmacht unerläßlich. Aber wir glauben, daß in weiterer Entwickelung die Gefahren überwunden werden, wir vertrauen der Zukunft, indem wir konsentiren, und bei einem solchen Vertrauen werden alle Schwierigkeiten leicht überwunden werden. (Bravo.) — Abg. v. Münchhausen (gegen die Vorlage): Ich will offen meine Farbe zeigen. Ich erkenne als leitenden Gesichtspunkt an, daß die Wiederholung der Katastrophe von 1866 vermieden werden muß. Auf die Dauer kann ich keinen norddeutschen Bund vertreten, sondern nur einen deutschen. Ein uraltes Grundrecht der Deutschen überall, wo es sich um Regelung seiner öffentlichen Angelegenheiten handelt, ein entscheidendes Wort mitzusprechen, hat für mich hohe Bedeutung. Ohne dieselbe kann keine Verfassung, kein Bund von Dauer sein. Der Boden der Thatsachen ist ebenso schwankend, wie der momentaner Ueberzeugung. Ich kann nur aus der Gegenwart heraus einen Blick in die Zukunft thun. Dazu muß ich ihnen die Zustände meiner Heimath jetzt näher vorführen. (Ruf: Zur Sache!) Präsident glaubt den Redner sprechen lassen zu dürfen, weil die preußischen Maßregeln seiner Ansicht nach keine Diskussion zu scheuen nöthig hätten. Redner schildert die hannöverschen Zustände: Personen seien nach Minden abgeführt, die Presse unterdrückt, die Wahlen neulich sehr beeinflußt, das Privat-Vermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt und benutzt, und der Ueberbringer eines Privatbriefes des Königs an die Königin verhaftet, trotz seiner Versicherung, daß er nur ein Familienereigniß überbringe. Ich bin für Errichtung eines unabhängigen Bundesgerichts. Die Höhe der für das Militär geforderten Summe scheint mir zu hoch gegriffen. Ich begrüße aber diese Versammlung als den Vorläufer einer gemeinsamen Vertretung ganz Deutschlands. Die Ablehnung des Verfassungs-Entwurfes würde die Lebensfähigkeit des Norddeutschen Bundes als zweifelhaft erscheinen lassen.

Minister-Präsident Präsident der Bundeskommissarien Graf von Bismarck-Schönhausen: Ich hege die aufrichtigsten Sympathieen mit den Gefühlen, die einem treuen Anhänger einer gestürzten Dynastie beseelen

können, mag diese Dynastie gefallen sein durch ihre eigene Schuld oder durch die Gewalt der Umstände. Ich kann es dem Hrn. Vorredner auch nicht verargen, daß er das Bedürfniß empfunden hat, seinen Gefühlen Ausdruck zu geben, nur hätte ich gewünscht, daß er von diesem Ausdruck alle Anklagen der königlich preußischen Regierung fern gehalten hätte, die sich entweder auf unrichtige Auffassung der Thatsachen oder auf unrichtige Thatsachen überhaupt gründen, und daß er mich der undankbaren Aufgabe überhoben hätte, ihn in dieser Beziehung zu widerlegen. Ich weise zunächst den Vorwurf, als hätte die königlich preußische Regierung die Kapitulation von Langensalza nicht gehalten, als eine unwürdige Verleumdung der königlichen Regierung, die ich mit Entrüstung in der Presse gelesen habe, zurück. (Bravo!) Die Kapitulation von Langensalza ist kein Staatsvertrag. Keinem der Unterhändler, die dabei thätig gewesen sind, so lange die Truppen bei Langensalza standen, ist es eingefallen, daraus etwas Anderes zu machen, als eine militairische Konvention, um für die Dauer des Krieges weiteres Blutvergießen zwischen Truppen, die lange befreundet gewesen waren und manche glorreiche Erinnerung mit einander theilten, zu verhindern. In diesem Sinne ist Seiner Majestät dem Könige Georg die Sicherheit seines Privateigenthums, zugesichert werden, natürlich desjenigen Parteieigenthums das sich im Lager und bei ihm befand. Ueber das übrige Privateigenthum, welches bereits in unsern Händen oder sonst im Königreich Hannover war, und über andere dahin bezügliche Verhältnisse haben Staatsverträge zu bestimmen; bei Langensalza hat Niemand an einen Staatsvertrag gedacht, und es ist eine sophistische, eine advokatische Auslegung dieses Aktenstücks, wenn man die Kapitulation von Langensalza zu dem Vorwurf eines Vertragsbruches mißbraucht. Ich hätte das von dem Hrn. Vorredner, der mich persönlich kennt, am wenigsten erwartet, da er seit Wochen hier ist und über alle Gravamina, die er hat, jeden Tag, da ihm meine Thür offen steht, hätte Auskunft und volle Befriedigung finden können. Daß Ihre Majestät die Königin Maria vorzieht, noch in diesem Augenblick in dem preußischen Lande zu verweilen, ohne daß Ihr Herr Gemahl mit Sr. Majestät dem Könige von Preußen Frieden geschlossen hat, ist ein Beweis des Schutzes, welchen Fürsten und Fürstinnen auch dann, wenn sie unsere Feinde sind, jederzeit in Preußen finden und des Vertrauens auf diesen Schutz, und ich bewundere, daß die Königin Maria das Vertrauen bis zu diesem Grade ausdehnte. Ich weiß aber, daß der Aufenthalt, daß die Anwesenheit nicht der Königin, aber des Hofes in Marienburg den Deckmantel von Intriguen bildet, die wir nicht auf die Dauer dulden können; ihre Fäden abzuschneiden, hat Seine Majestät der König befohlen. In Folge dieses Befehls ist der Major v. Klenk vor den Augen Ihrer Majestät der Königin von Hannover verhaftet worden. Wenn Ihre Majestät das nicht ansehen will, muß sie nicht in der Marienburg wohnen. Für uns stehen zu hohe Interessen auf dem Spiele; die Ruhe des Landes kann aus dergleichen Rücksichten nicht gefährdet werden, wenigstens sind wir fest entschlossen, nicht damit spielen zu lassen. Herr v. Trenk war unseren Nachrichten nach Träger auch von anderen Papieren; er hat rechtzeitig aus den hannöverschen Büreaus Nachricht darüber bekommen, daß auf ihn vigilirt würde; er hat infolge dessen diese anderen Papiere entweder nicht mitgenommen, oder frühzeitig in Sicherheit gebracht; es fand sich bei ihm nur ein Brief des Königs Georg an die Königin Marie. Es stimmt mit der Intention Sr. Majestät des Königs nicht überein, daß dieser Brief erbrochen wurde. An die Königin Marie kann ihr hoher Gemahl schreiben, was er will, dadurch kam die Ruhe des Staates nicht kompromitirt werden. Die Intention ist mißverstanden, daß dadurch der Auftrag überschritten worden, wie das häufig im Leben, namentlich in gespannten Verhältnissen, vorkommt. Er bezog sich vorzugsweise auf die Verbreitung solcher Proklamationen, die von Hietzing kommen und die im Style des „Würtemberger Beobachters" unter das hannöversche Landvolk, sei es Behufs der Wahlen oder um andere Unruhen zu erregen, verbreitet werden. Seine Majestät der König hat befohlen, in einem Schreiben an einen Beamten des königlichen Hofes in Marienburg Sein Bedauern über das Ueberschreiten Seiner Intention auszudrücken. Dergleichen kann überall vorkommen. Daß es nicht in unsern Gewohnheiten liegt, das zeigt am besten der fortgesetzte Aufenthalt der Königin Marie in Marienburg ungeachtet der fortgesetzten Weigerung ihres Hrn. Gemahls, Frieden mit uns zu schließen. Der Herr Vorredner hat außerdem über das Regime, unter dem Hannover bisher verwaltet worden ist, Klage geführt. Ich begreife diese Klage. Hannover steht augenblicklich unter dem Regiment des Absolutismus, und dieses Regiment wird sein Ende finden am ersten Oktober d. J.; dann wird es sich aller der verfassungsmäßigen Garantien erfreuen, welche die übrigen Provinzen des preußischen Staates bereits in diesem Augenblick schützen. Bis dahin aber wird sich der Hr. Vorredner damit bescheiden müssen, daß die Provinz nach den persönlichen Ueberzeugungen Seiner Majestät des Königs über die Maßregeln, die zur Sicherstellung der preußischen Herrschaft in dem Lande nothwendig sind, regiert wird. Wir werden den Widerstand nicht tragen, wir werden ihn brechen. Daß die Sache so gekommen ist, kann Niemand mehr wie ich bedauern. Ich habe schon vorhin angedeutet, daß jahrhunderte lange Erinnerungen und Traditionen die hannoversche Armee mit der preußischen verknüpften, und die hannoversche Politik mit der preußischen. Es war die Gruppirung des siebenjährigen Kriegs eine vollkommen natürliche, die in unser aller Erinnerung lebt. Seit einigen Jahren hat sich Hannover von dieser natürlichen Verbindung losgerissen; ich habe seine Minister — der Graf Platen wird mir das bezeugen —, mit den Worten gewarnt: wenn Sie Preußens Ehrgeiz fürchten, können Sie ihn nicht wirksamer entwaffnen, als dadurch, daß Sie seine treuen Bundesgenossen sind. Einem Bundesgenossen nach dem siegreichsten Kriege ist kein Fürst des Hauses Hohenzollern im Stande, ein Haar zu krümmen. Wenn Sie sich aber mit unseren Feinden liiren, obschon Sie dieselben Interessen mit uns haben, wenn sie zwischen Hamburg, Minden und Köln einen Staat schaffen, von dem wir befürchten müssen, daß er jede Verlegenheit Preußens nach Außen benutzt, jede Front, die wir nach dem Süden machen, um uns, ich will nicht sagen, den Dolch, aber die Waffe in den Rücken zu rennen; ein solcher Staat kann nicht mit unserm Willen bestehen, seine Fortexistenz wäre unverträglich mit der Preußens, und derjenige preußische Minister, der die erste Gelegenheit, die sich zur Beseitigung eines solchen Hannovers darbietet, versäumen würde, verräth sein Land, verräth Deutschland! (Stürmisches anhaltendes Bravo!) Sie hätten uns diese Gelegenheit nicht geben, diese Verpflichtung nicht auferlegen müssen. Wir haben lange unterhandelt, vielleicht zu lange über ein Bündniß mit Hannover, wir haben noch bei Langensalza darüber unterhandelt. Woran scheiterten diese Unterhandlungen mit Hannover? An der Abneigung Sr. Maj. des Königs Georg Garantien dafür zu geben, daß die hannoversche Armee sich auf nur ein Jahr lang der Feindseligkeiten gegen uns enthalten möge. Wir haben das Bündniß angeboten von dem Augenblick an, wo wir die Möglichkeit eines Krieges voraussahen. Wir sind hingehalten worden mit Turgiversationen. Man hat uns in amtlich mitgetheilten Noten einen Neutralitätsvertrag versprochen, während dessen aber fortgefahren, heimlich zu waffnen: man ließ Munition und Waffen nach Stade schleppen, um dort eine feste Position zu nehmen, um dort mit dem Gablenz'schen Corps, mit denjenigen Streitkräften, die das Haus Augustenburg in Holstein würde mobil machen können und deren Waffen wir dann in Hamburg gefunden haben, eine Diversion gegen uns im Rücken gemeinschaftlich mit Oesterreich zu machen. Dieser Gefahr kann sich Preußen nicht zum zweiten Male aussetzen. Wir haben die Verhandlungen hinausgezogen in der Hoffnung, Hannover würde sich besinnen. Es hat uns widerstrebt, gegen diesen befreundeten und benachbarten Stamm, der mit uns denselben Dialekt spricht, in dessen Adern unser Blut fließt, den Degen zu ziehen. Um dies zu vermeiden, haben wir rechtzeitig, — wenn ich nicht irre, war es am 9. oder 11. oder kurz darauf — in Hannover amtlich Folgendes kundgeben: Stimmt Hannover für den österreichischen Antrag, der am 14. Juni in Frankfurt votirt worden, so werden wir dies als eine Kriegserklärung betrachten und danach verfahren. Sie waren vollständig gewarnt, hatten aber Vertrauen auf 800;000 Mann österreichischer Truppen — so war nämlich die Ziffer durch den Prinzen Solms angegeben, der seinem hohen Verwandten damit einen schlechten Dienst geleistet, als es schwankte zwischen Preußen und Oesterreich, Ihn in das andere Lager hinüberzuziehen. Meine Herren! In solchen Angelegenheiten kann diese Art von gemüthlicher Auffassung, an die man sich in Deutschland in fünfzigjährigem Frieden gewöhnt hat, nicht Platz greifen. Es ist mir von mehreren Seiten nach dem Kriege, von Seiten deutscher Staaten in einer Weise entgegengekommen, die etwa sagen wollte: „Nun, wir haben die Sache nicht so ernst gemeint, nun ist Alles wieder beim Alten; wir haben in Hannover nur mit scharfen Patronen Manöver gemacht, wir wollen uns auf die alten Stühle setzen und ihr werdet nicht böse sein." (Hört! hört! Bravo!) Man hat sich über den Ernst der Sache getäuscht; ob in demjenigen Dünkel, mit dem Gott öfter die Fürsten schlägt, ob in derjenigen Unkenntniß der Diplomaten und Minister, in der Viele sich über die Realitäten dieses Lebens befinden, lasse ich dahin gestellt. Man hat Krieg gewollt mit offenen Augen, man war entschlossen, preußische Provinzen zu nehmen, wenn man gesiegt hätte; danach hat man kein Recht, sich nachher zu wundern, daß der Krieg die ernsten Folgen hatte, die er nun gehabt hat und nun uns gegenüber einen Ton der Klage über diese Folgen anzuschlagen. Meine Herren, wenn das Blut, wenn die Freiheit von Preußen auf's Spiel gestellt wird, wenn das ganze Königreich wie es war, mit seiner glorreichen Krone als Einsatz stand, wenn die Kroaten unser Land mit ihren Plünderungen bedrohten, wenn die Fremdherrschaft ich weiß nicht auf wie lange, uns bedrohte, wenn man uns in der Gefahr giebt, dann einen Stich in die Seite, soll man darnach nicht auf den Standpunkt der Sentimentalität fallen und über schlechte Behandlung klagen. (Lebhaftes Bravo!) Glaubt man das zu können, so ist es eine Unkenntniß der Dinge, an der jeder Staat und jede Krone zu Grunde gehen muß, welche mit dieser Unkenntniß geschlagen ist. Der Hr. Vorredner hat uns noch einen speziellen Vorwurf gemacht, er hat darüber geklagt, daß Leute ohne Urtheil und Recht und im Widerspruch mit der Gesetzgebung nach der Festung Minden abgeführt seien. Meine Herren, im hannöverschen Gebiete lag keine Festung, sonst hätte ich es für korrekter gefunden, sie dahin abzuführen. (Große allgemeine Heiterkeit, Bravo!) Das ist aber meines Erachtens das einzige, worüber vom juristischen Standpunkt aus Beschwerde geführt werden kann in einem Lande, wo nach Kriegs und Völkerrecht in diesem Augenblick die absolute Regierung besteht, die Regierung eines Eroberes, und zwar eines solchen, der mit Ihnen Freund und Landsmann sein will und sich als solchen führt, immerhin aber doch eines Eroberers, in einem solchen Lande und in solchem Augenblicke sich darüber zu beschweren, daß Jemand der die Ruhe stört, eingesperrt und unschädlich gemacht wird, dann ist Ihnen der Unterschied zwischen einer absoluten und konstitutionellen Verfassung, die dem Staatsbürger gegen den Mißbrauch der Gewalten Garantien giebt, überhaupt unklar. Werden Sie es jetzt in Rußland für eine Gesetzes- und Rechtsverletzung halten, wenn Jemand präventiv eingesperrt wird? Ist es nicht bei uns toto die passirt, ehe wir die Verfassung hatten, ohne daß die scharfsinnigsten Juristen etwas dagegen vorzubringen wußten? Formales Unrecht geschieht dabei nicht. Ob aber durch moralisches Unrecht der Verschuldete getroffen wird, ist von hier aus und in solchen Verhältnissen nicht immer zu unterscheiden und ich wünschte Ihnen, daß der 1. October rascher herankomme, als es sonst seine Art ist. (Große Heiterkeit.) Dann werden Sie von allen diesen Unbilden befreit sein. Wir werden Ihnen gegenüber die preußische Verfassung eben so strikt in allen Garantien der persönlichen Freiheit beobachten, wie in den alten Provinzen. Aber gerade, weil die Zeit so kurz ist, können wir in dieser kurzen Zeit nicht viel spaßen. Ich rathe auf das Dringendste Ihnen und Ihren Freunden ab, daß Sie uns nicht herausfordern! Sie werden einer Energie begegnen, der Sie nicht gewachsen sind. (Anhaltendes Bravo!)

Der Präsident Dr. Simson ersucht, die Mitglieder, etwaiges Mißfallen nicht durch Zischen zu äußern, das sei nicht parlamentarisch.

Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Dr. Michelis (Kempen), und Miquel vertagt sich das Haus bis morgen Vormittag 10 Uhr. Tagesordnung Forsetzung der heutigen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 55 Minuten.

Reichstag des Norddeutschen Bundes.

11. Sitzung, Dienstag, 12. März, Vorm. 10 Uhr.

Präsident Dr. Simson; am Minister-Tische: Wirkl. Geheim. Rath v. Savigny; Minister v. Roon. In der Hofloge Se. K. H. der Kronprinz. — Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen geht das Haus alsbald zur Fortsetzung der Debatte über den Verfassungs-Entwurf über.

Abg. Michaelis (Redacteur an der National-Zeitung): In der Hannoverschen Angelegenheit hätte die Regierung zuerst energischer, später milder auftreten sollen; dann wäre mehr erreicht worden. Herr v. Münchhausen würde sich aber wohl überzeugt haben, daß wir, was wir errungen, auch festhalten, und daß die Rückkehr des Königs Georg in das Gebiet der Phantastereien gehört. Bedenklich sei vom volkswirthschaftlichen Standpunkte der Satz von 1 Procent der Bevölkerung für die Armee; gleichwohl müßten wir mit Rücksicht auf die politische Lage Gewehr bei Fuß haben, nnd eine Erleichterung sei daher schwerlich zu erwarten. Hierauf nimmt das Wort der Abgeordnete Schulze - Delitzsch: Compromisse seien nicht geschlossen worden durch Nachgeben, sondern dadurch, daß man fest an seiner Sache hielt. Eine Bürgerkrone, wie sie nie einem Sterblichen geboten, stehe dem Manne (Bismarck) bereit; aber sie werde ihm niemals zu Theil werden, wenn sie auf Kosten der Preußischen und Deutschen Verfassungen gewonnen werden solle.

Abg. Zehmen (Reg.-Rath a. D. 7. Sächs. Wahlkreis) verwahrt die Sächsischen Vertreter gegen den Vorwurf des Particularismus. Sie seien mit redlichem Willen für das Zustandekommen der Norddeutschen Verfassung hierher gekommen. Die Rede ist sehr versöhnenden und entgegenkommenden Charakters, was mit Beifall begrüßt wird.

Graf Bismarck, Freiherr v. d. Heydt, Graf Itzenplitz, Graf Eulenburg sind eingetreten. In der Hofloge Prinz August von Württemberg.

Abg. v. Mallinckrodt (Reg.-Rath in Düsseldorf) spricht gegen den Entwurf. — Die katholische Kirche erfreut sich in Preußen einer großen Freiheit. An der Wiege des Norddeutschen Bundes finde ich aber keine Gerechtigkeit gegen uns. Redner geht näher auf die Ereignisse der letzten Jahre ein. Preußen war nicht gedrängt; ihm gegenüber befanden sich der Bund und Oesterreich in einer Defensive. Der Erfolg hat viele Ansichten geändert; der Gott der Schlachten schien seine guten Gründe zu haben. (Heiterkeit.) Auch ich stehe auf dem Boden der Thatsachen, die ich nicht ändern kann. Zu der 600jährigen Leidensgeschichte kann ich die Zeit Rudolphs von Habsburg nicht rechnen der die Burgen der Raubritter zwang. (Heiterkeit.) Hier stehen sich die prinzipiellen Auffassungen des Bundesstaates und Einheitsstaates direkt gegenüber. Wir treiben unverkennbar dem letzteren entgegen und darum werde ich gegen den Entwurf stimmen.

Präsident der Bundeskommissarien, Graf v. Bismarck-Schönhausen: Wenn ich die Behauptung des Hrn. Vorredners, daß Preußen seit Jahren einen Krieg gesucht, den es hätte vermeiden können, nicht anders als im Wege der einfachen Verwahrung abweise, so geschieht es deshalb, weil ich nicht wieder Wunden aufreißen will, die eben zu vernarben beginnen. Ich will mich nur gegen den Vorwurf in Bezug auf das Zeitmaß der Beurtheilung der deutschen Geschichte wahren. Wenn ich von einer 600-jährigen Leidensgeschichte des deutschen Volkes sprach, so ergiebt das eine genaue Rechnung, denn ich bin noch hinter Rudolph von Habsburg zurückgegangen und habe von dem Sturze der Hohenstaufen und dem Interregnum an gerechnet. Der Hr. Vorredner hat eine Wendung zu Gunsten der Raubritter gemacht. Woher kamen sie? Durch die Verwirrungen während der Zeit des Interregnums, durch den Abfall der Weltlichen und den Sieg der Ultramontanen. (Bravo!)

Abg. Freiherr von Vincke (Olbendorf): Mein Name ist eigentlich viel später in die Rednerliste eingetragen, ich bitte deshalb um Nachsicht. Nach den vielen Reden und den Erklärungen des Herrn Bundes-Präsidenten habe ich die Hoffnung, daß das Werk mit großer Majorität zu Stande kommen wird. Diejenigen, die durchaus keine Rechte des Volkes abtreten wollen, stehen auf dem Standpunkt, daß ein Bundesstaat gar nicht zu Stande kommen kann. Ich sehe in dem angenommenen Prozentsatz nur eine Erleichterung unseres Landes und ich würde es nicht verantworten können, wenn ich diese Erleichterung nicht annehmen wollte. Auf die vielen Einwürfe will ich nicht weiter antworten.

Abg. Dr. Schleiden: Ich stehe auch auf dem Boden der Thatsachen, ohne damit alles geschehene als rechtlich geschehen anzuerkennen. Schleswig-Holstein sieht es als eine Lebensfrage an, ein Glied des norddeutschen Bundes zu bilden. Im Entwurf kommt der König von Preußen in 4 verschiedenen Eigenschaften vor. Das ist eine Unklarheit. Er darf nur als Oberhaupt des Bundes genannt werden und in dieser Eigenschaft hat er den Oberbefehl über Heer und Marine. Durch das große Maß der Annexion ist die Herstellung eines preußisch-russischen Bundes sehr erschwert. Die sittliche Rechtfertigung der Annexion kann ich nur in dem Vorhandensein einer nationalen Idee finden. Preußen ist Deutschland eine Verfassung schuldig. Süddeutschland muß der Eintritt in den Bund offen gehalten werden dadurch, daß nicht der Einheitsstaat, sondern der Bundesstaat in den Vordergrund gestellt wird. Die Regierung sagt zwar, daß das Budgetrecht uns nicht vorenthalten werden soll, aber sie müßte dafür einen bestimmten Termin festsetzen. Wenn man dem Volke das allgemeine Stimmrecht giebt, so darf man ihm auch zutrauen, daß es jeden Punkt des Militärbudgets bekriteln wird. Vor allen Dingen muß ein Bundes-Gericht hergestellt werden. Eine große Marine ist einer Nation, wie die unsere, nur schädlich. (Die Mitglieder sind in lebhafter Privat-Diskussion begriffen.) Auch die neue Trikolore wird zu Unzuträglichkeiten führen; aber wir müssen arbeiten, daß wir darüber hinwegkommen.

Bundeskommissar v. Savigny: Die Aeußerung des Vorredners, daß Preußen das monarchische Prinzip verletzt habe, weise ich entschieden zurück. In Betreff der Marine werde ich in der Spezial - Debatte antworten.

Abg. von Bennigsen: Ich habe mich gefreut, daß der Abg. v. Münchhausen nicht mit Protesten begonnen hat. Freilich gestehe auch ich zu, daß die preußische Regierung den Einfluß der Partikularisten überschätzt und darum strenge Maßregeln ergriffen hat, die die Aufregung nur noch gesteigert haben. Was den Entwurf betrifft, so haben die gestrigen Erklärungen des Präsidenten der Bundeskommissarien viel dazu beigetragen, die Annahme zu erleichtern, und alle Seiten des Hauses haben sich wesentlich genähert, selbst die Extremen haben von ihrer Schroffheit nachgelassen. Wir dürfen nicht lange mit dem Zustandekommen des Entwurfs warten, sonst möchte die günstige Stimmung, in der sich Deutschland in Folge der wunderbaren Ereignisse des letzten Jahres befindet, vorübergehen. Die Forderungen, welche für das konstitutionelle Recht bei der Mitwirkung in der Gesetzgebung gestellt worden, sind keine Folgen des Partikularismus, wie

der Herr Bundeskommissar meinte. Sollen die einzelnen Regierungen Opfer bringen zur Herstellung des Entwurfes zu Gunsten der Bundesbehörde, so werden auch die Vertreter dieser einzelnen Lande Opfer bringen müssen, indem sie ihre Verfassung modifiziren zu Gunsten des Reichstages. Die Regelung dieser Frage selbst ist jetzt noch nicht möglich. Wir können zwar der nächsten Zukunft nicht mit vollkommener Sicherheit entgegensehen, aber doch mit Hoffnungen, daß, wenn es uns hier gelingt, mit großer Mehrheit den Verfassungs-Entwurf des Norddeutschen Bundes zu beschließen, auch bald ein vollkommenes einiges Reich hingestellt sein wird.

Abg. Dr. Wigard (gegen die Vorlage): Die Thatsachen, von denen man gesprochen hat, sind für mich nicht blos die jüngsten Ereignisse in Deutschland, sondern auch der Entwickelungskampf unserer neueren Geschichte, die Folgen der Jahre 1813, 1830 und auch 1848. Daß Werk, welches man jetzt beabsichtigt, nicht früher auf friedlichem Wege zum Austrage gekommen ist, daran liegt die Schuld nicht im deutschen Volke, sondern wesentlich und allein in den Kabinetten. Der uns vorgelegte Entwurf hat Uebermenschliches geleistet. Es ist ein Werk, worüber die Gelehrten der Zukunft wahrscheinlich noch staunen werden. Wir würden mit diesem Entwurf ein absolutistisches Werk begründen. Die Bedürfnisse des Volkes sind nicht blos materieller Art. Die materiellen Eroberungen sind geschlossen, es handelt sich jetzt um moralische Eroberungen. Die Annahme dieses Entwurfs wird die Spaltung Deutschlands in 3 Theile verewigen. Neben der materiellen Einheit ist die geistige Freiheit zu fördern. Budgetrecht ohne Verantwortlichkeit ist unnütz. Ohne wesentliche Aenderungen des Entwurfs werde ich gegen denselben stimmen.

Abg. Gebert (für die Vorlage unter großer Spannung des Hauses): Ich werde mit allen Kräften dahin streben, den Verfassungsentwurf zur faktischen und rechtlichen Geltung zu bringen. Ich kann nicht zugeben, daß ein verantwortliches Ministerium nur im Einheitsstaate möglich sei. Auch halte ich die Schwierigkeiten nicht für zu groß, wie aus dem Schlußprotokoll hervorgeht. Auch beim Budget vermisse ich eine Konkurrenz des Reichstages. Die Lasten, die den kleinen Staaten auferlegt werden, sind nicht zu ertragen. Von einem Bundesgerichte verspreche ich mir für den Augenblick nicht viel. „Der Herr Ministerpräsident haben gestern Erklärungen gegeben, die ich mit innigstem Danke begrüße, und seitdem fühle ich mich erst hier heimisch." Wir Sachsen waren in übler Lage und die bereitwillige Presse stellte uns als sächsischen Partikularistenklub hin. Wir einigen uns in dem Wunsche, daß etwas zu Stande komme. Ich kann die Verantwortung nicht übernehmen, daß das Werk meiner konstitutionellen Bedenken wegen nicht zu Stande gekommen sei.

Abg. Heubener: Obschon auch Sachse kann ich doch nicht den Anführungen meines Vorredners beistimmen, daß Sachsen nicht gern auf konstitutionelle Rechte verzichte. Die sächsische Verfassung besteht gar nicht zu Recht. (Sehr wahr!) Ich werde gegen den Entwurf stimmen, wenn nicht wesentliche Aenderungen vorgenommen werden. Eines Norddeutschen Bundes wegen werde ich nicht jede Freiheit zum Opfer bringen. Die Mainlinie hindert die Einigung Deutschlands. Die Heranziehung der süddeutschen Brüder zu uns, die wir mit aller Kraft erstreben müssen, ist nicht möglich durch internationale Verträge, die heute geschlossen und morgen verworfen werden. Dabei kann man sich nicht auf den deutschen Genius verlassen; denn wenn diesem jetzt nicht hier eine Stätte bereitet wird, so wird er umherirren wie der ewige Jude, der nicht sterben kann.

Ein eingegangener Vertagungs-Antrag wird abgelehnt, da das Büreau über die Majorität zweifelhaft bleibt.

Abg. Graf v. Galen: Ich bitte um Nachsicht, denn trotz meiner 40jährigen diplomatischen Carriere halte ich heute meine Jungfern-Rede. Ich möchte sämmtliche, gegen den Entwurf erhobenen Bedenken und Ausstellungen zurückweisen. Es tritt an uns die Mahnung heran, die Einigung Deutschlands auf parlamentarischem Wege zu ermöglichen; geschieht das nicht, so wird die Einigung früher oder später auf dem militärischen Wege erfolgen. — Lassen Sie uns bei unserer Berathung handeln, wie unser geliebter, ritterlicher König, wie unsere tapferen Prinzen im Felde gehandelt haben (Bravo!): klar, rasch und kräftig! Ich beantrage daher für die Annahme des Entwurfs nicht bloß die möglichste Einstimmigkeit, sondern auch möglichste Schnelligkeit.

Der Vertagungsantrag wird jetzt angenommen. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abgeordneten v. Mallinckrodt gegen eine gestrige Anführung des Herrn Bundes-Präsidenten, betreffend das Interregnum, wird die Sitzung um 3 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch Vormittags 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

In- und Ausland.

Berlin. Ueber einen Theil der Montags-Sitzung des Reichstages haben wir bereits gestern berichtet. Die heutige Zeitung giebt den Bericht bis zum Schluß. Graf Bismarck gab in seiner vortrefflichen Rede u. A. auch Andeutungen über die Stellung der Regierung zum Militär-Etat und die künftige Regelung des Verhältnisses zu den Süddeutschen Staaten. Hierauf sprach der Abg. v. Gottberg für, der Abg. v. Münchhausen aus Hannover gegen den Verfassungs-Entwurf. Der frühere Hannoversche Minister griff die Preußische Politik auf das Heftigste an; Graf Bismarck antwortete ihm in so energischer Weise, daß eine mächtige Bewegung durch das ganze Haus ging. Die allgemeine Diskussion des Verfassungs-Entwurfs wurde gestern fortgesetzt und soll die General-Discussion heute geschlossen werden. Hierauf wird einige Tage Ruhe eintreten, um den verschiedenen Fractionen Gelegenheit zu verschaffen, sich über die Haltung der Special-Discussion zu verständigen.

— Bei der Nachwahl an Stelle des Ober-Präsidenten v. Jagow ist im Wahlbezirk West-Priegnitz der conservative Candidat Landrath v. Jagow in Perleburg zum Mitglied des Norddeutschen Reichstags gewählt worden. Gegen denselben war von liberaler Seite der Staatsanwalt Oppermann in Gotha als Wahlcandidat aufgestellt.

— Aus Elberfeld wird gemeldet, daß die Conservativen sich für die Wahl des Finanz-Ministers von der Heydt entschieden haben. (Graf Bismarck hat dort bekanntlich abgelehnt. Die Liberalen wollen den Professor Gneist wählen.)

Magdeburg, 12. März. Bei der Nachwahl zum Reichstage im Kreise Neuhaldensleben-Wolmirstedt erhielt in der Stadt Neuhaldensleben v. Forckenbeck 584 Nathusius 184 Stimmen, in der Stadt Wolmirstedt v. Forckenbeck 266, Nathusius 128, in den Dörfern Kolbitz, Rogätz und Ebendorf v. Forckenbeck 613, Nathusius 19. Im Ganzen sind mithin bis jetzt für v. Forckenbeck 1463, für Nathusius 331 Stimmen ermittelt. Die Resultate aus den übrigen Wahlorten sind noch nicht bekannt.

Bayern. München, 12. März. Gutem Vernehmen nach werden in der 2ten Hälfte dieses Monats in Mannheim Bevollmächtigte der Regierung von Bayern, Baden und Hessen zusammentreten, um über gemeinsame Maßregeln gegen die Einschleppung der Rinderpest zu berathen.

Oesterreich. Wien, 12. März. Die „Wiener Abendpost" meldet, daß demnächst eine kaiserliche Entschließung veröffentlicht werden wird, welche die für den 18. März bestimmte Einberufung des Reichsrathes auf kurze Zeit hinausschiebt, weil die inzwischen erfolgte Auflösung einiger Landtage die Nothwendigkeit dieser Maßregel herausgestellt hat.

Pest, 12. März. Der Kaiser wurde am Bahnhofe von den Ministern, den Landtagsmitgliedern und einem zahlreichen Publikum empfangen und hielt seinen Einzug unter großem Jubel der Bevölkerung durch die festlich geschmückten Straßen.

Dänemark. Kopenhagen, 12. März. Nach hier eingetroffener Meldung aus London ist der Zustand der Prinzessin von Wales nicht mehr so besorgnißerregend wie gestern Abend. Die hohe Kranke leidet an starken rheumatischen Schmerzen. Wie in Hofkreisen berichtet wird, hat die Königin Victoria an die königliche Familie geschrieben, daß die Prinzessin Alexandra ihre Eltern zu sehen wünsche, jedoch nicht ihres Gesundheitszustandes wegen.

Kopenhagen, 12. März. Morgen wird dem Landsthing ein Gesetz bezüglich der Uebernahme der Regentschaft Seitens des Kronprinzen während der Reise des Königs nach London, vorgelegt werden.

England. London, 11. März. Irland ist ruhig. Die Regierung wird vorerst nicht das Kriegsrecht proklamiren, sondern eine Spezial-Kommission zur Aburtheilung der Rebellen erneunen.

London, 12. März. Aus New-York vom 11. dss. Mts. Abends wird per atlantisches Kabel gemeldet: Präsident Johnson bereitet die Ausführung der Reconstructions-Bill vor. Der Gouverneur von Louisiana zeigt an, daß dieselbe in Luisiana eingeführt sei.

Rumanien. Bukarest, 12. März. Die gestern gemeldete, von Golesco gebildete Ministerliste ist von dem Fürsten abermals nicht bestätigt worden.

Türkei. Belgrad, 12. März. In hiesigen Regierungskreisen erwartet man heute oder morgen das Eintreffen des Ferman der Pforte, betreffend die Räumung der Festung Belgrad seitens der türkischen Truppen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 13. März.

— (Stadtverordnetensitzung vom 12. März c.) Vorsitzender Herr Kommerzienrath Th. Bischoff, als Magistrats-Kommissarien fungiren die Herren Stadträthe Strauß, Licht und Hirsch. Vor der Tagesordnung wird ein Antrag des Herrn Dr. Liévin verlesen, welcher die schleunige Veränderung des Trottoirs in der Matzkauschen Gasse bezweckt. Demselben wird zugestimmt. Der Betriebsbericht der Gasanstalt pro Februar c. weist 10,895 Privat- und 929 öffentliche Flammen nach. Die Brochüre des Herrn Balzer über das Kloakwesen in den Städten wird zur Kenntniß im Sekretariat ausgelegt. 415 Thlr. werden zum Gerichtskosten- und Sprotel-Fond — 24 Thlr. 14 Sgr. 6 Pf. zur Archivverwaltung — 6 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf. für Waagebedürfnisse und 91 Thlr. für Deichkassenbeiträge der Pfarrländereien nachbewilligt. 11 Thlr. 9 Sgr. 8 Pf. Real-Kommunal-Abgaben von zwei Betriebsgrundstücken des Johannisstifts und 196 Thlr, 21 Sgr. 4 Pf. uneinziehbare Wohnungssteuerreste werden niedergeschlagen. Dem Hausbesitzer Bluhm wird für Abbruch seines Vorbaues 1 Damm Nr. 3 eine Entschädigung von 50 Thlrn. und dem Besitzer des Hauses Taugnetergasse Nr. 3 freies Trottoir und 50 Thlr. Entschädigung zugesichert, damit in letzterer Straße durch Beseitigung seines Vorbaues ein Bürgersteig für die ganze Straße hergestellt werden kann. Die Bootsfähre auf der Mottlau an der Steuer-Expedition wird für 197 Thlr. jährlich dem Herrn Karl Münt in Pacht gegeben, — eine Grasnutzung daselbst für 107 Thlr. pro anno an den Zimmermeister Hrn. Unterlauf auf 6 Jahre in Pacht gegeben — die Grasnutzung am Trennungsgraben der Speicherinsel wird für 3 Thlr. pr. anno an den Arbeiter Schmidt verpachtet. Ein Gesuch der Eigenthümerin Maria Kloth auf Entschädigung für Abbruch des Vorbaues Kassub. Markt 6 wird dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen. Die Berechtigung zur Marktstandgeld-Erhebung auf dem Fischmarkt und Heumarkt an die Herren Beyer und Gartmann ist kontraktlich abgelaufen und soll die Prolongation unter Zugrundelegung des neuen Tarifs vereinbart werden. Der Dorfschaft Vogelsang wird die Fischereinutzung auf fernere 3 Jahre in Pacht gegeben. Im Termin zur Verpachtung der Krahngefälle ist der Kaufmann Hr. G. Thiel mit 265 Thlr. Meistbietender und Herr Fährpächter Belck mit 260 Thlr. Nächstmeistbietender gewesen. Der Magistrat empfiehlt die Kontraktsschließung mit Letzterem, da derselbe seine unausgesetzte Beschäftigung in der Nähe des Krahns und eine hohe Caution gestellt hat, ferner als Schiffszimmermann den Krahnbetrieb besser zu handtieren versteht und außerdem zu berücksichtigen ist, daß mit dem Meistbietenden bereits Differenzen in einem früheren Pachtverhältniß vorgekommen sind. Die Versammlung ertheilt die Zustimmung zur Verpachtung des Mastenkrahns incl. Wohnung an Hrn. Belck für 260 Thlr. pro Anno auf 3 Jahre. Behufs Besprengung der Chaussee an der Promenade wird ein zweiter neuer Sprengwagen zum Kostenpreise von 110 Thlr. bewilligt und festgesetzt, daß Pferde des Müllfuhrwesens zur Bespannung dienen sollen. Die Einrichtung einer Feuerwehr-Weckerstation im Schulhause zu Kneipab mit einem Kostenaufwande von 185 Thlr. und einer dergleichen im Schulhause der Böttchergasse mit 120 Thlr. wird genehmigt. Der Kaufmann Hr. Rohloff hat nach dem Berichte des Magistrats auf einem Theile des Halteplatzes für öffentliche Fuhrwerke in Jäschkenthal sein Eigenthumsrecht geltend gemacht und davon Besitz ergriffen, indem er den Platz hat einzäunen lassen. Derselbe erbietet sich jedoch einen anderen öffentlichen Halteplatz in der Nähe der Steffens'schen Villa für seine Kosten einzurichten, den Weg nach Zinglershöhe zu verbreitern, für Fußgänger neben seinem Grundstück einen Weg mit doppelter Baumreihe herzustellen, den Graben zum neuen Halteplatze zu überbrücken und die Anlage durch Kies festzulegen. Der von Herrn Rohloff angebotene Platz sei 170 □Ruthen groß, wogegen der alte Halteplatz nur 70 □.-R. messe. Es liege somit ein vortheilhaftes Tauschgeschäft vor und empfehle sich die Abschließung desselben. Herr Dr. Lievin findet es auffallend, daß ein seit uralten Zeiten der Kommune gehöriger Platz so nolens volens von einem Privatmann als Eigenthum in Beschlag genommen werde. Es könne dem Publikum nicht zugemuthet werden, daß es von den Vergnügungslokalen 400 Schritt nach den Fuhrwerken zurücklegen solle und überhaupt bei der engen Passage vor dem Steffens'schen Grundstück und der voraussichtlichen Frequenzstopfung an dem Ueberwege zum neuen Halteplatz in Inkonvenienzen gerathe. Redner beantragt eine Kommission zu erwählen, welche das ganze Projekt zuvörderst gründlich prüfe. Herr Forstmeister Wagner macht auf den Uebelstand aufmerksam, daß kein Wendeplatz für Fuhrwerke in Jäschkenthal übrig bliebe und schlägt vor event. die bisherige Baumschule zum Halteplatz einzurichten oder denselben bis hinter Schröder's Etablissement zu verlegen. Herr Bözermeny und Herr Liebert bezweifeln, daß Hrn. Rohloff Eigenthumsanspruch rechtlich begründet sei. Herr Stadtrath Hirsch stellt dem das Gutachten des Magistrats-Syndicus entgegen. Herr J. C. Krüger meint die Gastwirthe würden für Unterkunft der Fuhrwerke auf ihren Hofplätzen sorgen. Herr Biber dringt auf Abschluß des Vertrages mit Herrn Rohloff da die Angelegenheit bereits hinlänglich geprüft sei und man statt des tristen Anblicks einer Haltestelle eine schöne Gartenanlage als Augenweide erhalte Herr Pretzell und Hr. Damme treten dem Lievinschen Antrage bei. Bei der Abstimmung wird der Lievinsche Antrag angenommen und eine Commission aus den Hrn. Breitenbach, Liebert, Pretzell, Wagner und Biber zur Begutachtung des Projekts an Ort und Stelle gewählt.

(Handwerker-Verein). Herr Dr. Lampe setzte seinen Vortrag über die Spektral-Analyse fort, erklärte die Farben der in der Sonne vertretenen Metalle: Calium, Litium, Strontium, Calcium, Baryum, Cäsium, Rubonium, Tallium und des zuletzt von Reich in Freiberg entdeckten Indium's. Bezüglich des berühmten Optikers unserer Zeit Frauenhofer, welchem das größte Verdienst in der Farbenanalyse gebühre, bemerkt Redner, daß derselbe als Glaserlehrling nur durch ein Wunder dem frühen Tode entronnen ist, indem er unter den Trümmern eines eingestürzten Hauses hervorgezogen wurde. Durch ein Experiment mit Natrium-Verbrennung wurde die Erscheinung der gelben Lichtfarbe erklärt und dann die Atmosphäre der Sonne beschrieben. Wenn z. B. uns die zerschmetternde Attraktionskraft der Sonne einen Spaziergang auf derselben erlaubte, würden wir bei jedem Temperaturwechsel einen Regen von glühenden Eisendämpfen auszustehen haben. Ueber die Größe des Weltenraumes führt R. an, daß der von uns in weitester Distance sichtbare Weltkörper 13 Billion 400 Million Meilen entfernt ist und dessen Licht 9 Jahre 9 Monate Zeit durchläuft, um bis zu unserer Erde zu dringen, hiernach könne man bemessen, welche Kette von Weltkörpern, wir in dem Bereich unseres Erkennens und Forschens zu ziehen vermögen. Der Mond zeige dasselbe Spektrum wie die Sonne. Die Atmosphäre unserer Erde, welche früher auf 10 Meilen Durchschnitt berechnet war, mißt nach den neuesten Berechnungen beim Sternschnuppenfall — 30 Meilen. Die Beschreibung eines Spektral-Apparates zur Beobachtung der Wasserdämpfe wurde von Redner mit Bezug auf die astronomischen Untersuchungen der Atmosphäre des Jupiter, Saturn und Mars gegeben. Nachdem Hr. Dr. L. noch durch eine Skizze die langgestreckten Elipsenbahnen der Kometen veranschaulicht, deren räthselhaftes Verschwinden für Jahrhunderte dadurch erklärt, und die Sonnenflecke als Wolkenbildungen bezeichnet, wird eine Diskussion an den Vortrag geknüpft, in welcher die Frage, wie es zu erklären sei, daß man beim Ersteigen hoher Berge in immer kälter werdende Luftregionen gelange, obgleich man doch vermuthen müsse, die Sonne werde wirksamer, je näher man ihr komme? Herr Dr. Lampe bekundet, daß die härtesten der Weltkörper am stärksten reflektiren, also nicht aufsaugen und daß wir uns in dem Weltenraume bewegen, dessen Kälte zwischen 50 bis 120° beträgt, wovon wir uns gar keinen Begriff machen können. Je höher wir also in diesen Weltenraum hinaufsteigen desto empfindlicher berührt uns die Kälte, daher die ewigen Schneekuppen vieler Gebirge. Die Erde producirt die zur vegetabilischen Erzeugung erforderliche Wärme aus ihrem Innern und berechnet man, daß auf je 100 Fuß Tiefe die Wärme um 1 Grad derart gewinnt, daß auf 8200 Fuß Tiefe siedendes Wasser, auf 6 Meilen geschmolzenes Metall und auf 10 Meilen Tiefe glühende Lavamassen angetroffen werden; unsere Erde kühlt in c. 2000 Jahren um 0,1 Grad ab. Die Versammlung bezeugt ihren Dank gegen Herrn Dr. Lampe durch Erheben von den Sitzen. Der Fragekasten bot Folgendes: 1. Was versteht man unter dem bei mehreren Gewerken noch üblichen Ausdruck: hohe Morgensprache? Vorsitzender: Es ist dies eine Bezeichnung für Gewerksversammlungen, die man aus Achtung vor den Vorfahren noch beibehalten hat. 2. Was bedeuten die Einzelbuchstaben auf dem Münzgepräge? Es werden die Münzstätten, in denen die Geldstücke geprägt sind, dadurch bezeichnet z. B. A. u. B. Berlin und Breslau.

(Die vierte Vorlesung zum Besten des Diakonissen-Krankenhauses), gehalten von Hrn. Sanitätsrath Dr. v. Bockelmann über das Thema „die menschliche Hand" fand gestern Abend im oberen Saale der Concordia statt. Der geehrte Redner führte dem zahlreich versammelten Auditorium die einzelnen Theile, Knochen, Sehnen, Bänder der menschlichen Hand vors Auge und zeigte in recht interessanter Weise, wie durch die Verbindung dieser einzelnen Theile dieses Organ zum Fassen und Greifen ganz besonders geschickt sei. Alsdann zerlegte er die ganze Construction der Haut mit ihren Nervenwärzchen (Papillen) die wieder unzählige Empfindungskreise bilden, um anschaulich zu machen, wie die Hand auch das vorzüglichste Tastorgan sei. Zum Schluß lenkte er die Aufmerksamkeit auf die verschiedenen äußeren Formen der menschlichen Hände, welche für den Künstler ein eigenes Studium bilden. Er schilderte die kräftig schaffende (notorische) Hand des römischen Consul und Feldherrn, die empfindende (sensible) Hand einer Gräfin Ida Hahn-Hahn, die elementare Naturhand des gewöhnlichen Arbeiters und die so selten vorkommende selische Hand, welche Titian seinem Christus gegeben hat, als die Pharisäer ihm den Zinsgroschen darreichten und die Ehebrecherin vor sein Gericht stellten. Die gespannteste Aufmerksamkeit folgte dem Vortrage des geehrten Redners; leider füllte seine schwache Stimme nicht immer den ganzen Saal aus.

Handel und Verkehr.

Stettin, 12. März. (St.-Anz.) Weizen 72—86 bez., Frühjahr 84—$84\frac{1}{2}$ bez., Roggen 55—56 bez., Frühjahr 53 bez. u. G., Rüböl $11\frac{1}{4}$ bez., März $11\frac{1}{6}$ Br., April-Mai $11\frac{1}{8}$ bez., Spiritus $16\frac{3}{8}$—$\frac{5}{12}$, Frühjahr $16\frac{7}{24}$ bez.

Danzig, 12. März 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5—126 ℔. $97\frac{1}{2}$, 99—98, $102\frac{1}{2}$ Sgr.; 127—129 ℔. 98, $103\frac{1}{2}$ — 100, 105, Sgr.; 130, — 131/2 ℔., 132 — 133 ℔. 105 $107\frac{1}{2}$ Sgr. — Weizen bunt: dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19— ℔., 83 85, Sgr., 121/22 — 122/23 ℔. 85, $87\frac{1}{2}$ — $87\frac{1}{2}$, 90 Sgr., 124/5/6 26/27 ℔. 89, 92/90, 93 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Roggen, 120—122 ℔. 58, $58\frac{1}{2}$—59, $59\frac{1}{2}$ Sgr., 124—126 ℔., 60—61, $61\frac{1}{2}$ Sgr. 127—128 ℔. 62 — $62\frac{1}{2}$, Sgr. pr. $81\frac{5}{6}$ ℔. preuß pr. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔. 48, $48\frac{1}{2}$—49 50, Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen. — Gerste, kl. Malz- 102—104 ℔. 49 50, — 50 $51\frac{1}{2}$, Sgr. 106 — 108 ℔. 52, — 53, $53\frac{1}{2}$ Sgr. 110 ℔. 54, 55 Sgr. pr. gemessenen Scheffel. — Gerste, gr. Malz- 105 ℔., 51 52, Sgr. 107—110 ℔. $53\frac{1}{2}$, $54\frac{1}{2}$—55, $55\frac{1}{2}$ Sgr., 112—114 ℔. 56, $56\frac{1}{2}$—57 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch- $62\frac{1}{2}$, — 64, 65 Sgr., abfallende 57, 58—59, 61 Sgr. pr. 90 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16 Thlr. pr. 8000 % Tr

Danziger Börse.

Die bedungenen Preise der heute verkauften 120 Last waren recht fest im gestrigen Preisverhältniß.

Bedungen wurde: für 122 ℔. blauspitzig fl. 485, 119/20 ℔. fl. 510, gut- und hellbunt 128 ℔. fl. 595, fl. 600, 124/25 ℔. weiß fl. 605, 132 ℔. bezogen fl. 610, 129/30 ℔. fl. 610, hochbunt 130 ℔. fl. 620, 129 ℔. fl. 625, 127/28 ℔., 128/29 ℔., 130 ℔. fl. 630 pr. 5100 ℔. pr. Last.

Roggen unverändert. — Umsatz 5 Last. 117/18 ℔. fl. 342, 116 ℔. fl. 339, 120/21 ℔. fl. $352\frac{1}{2}$, 123 ℔. fl. 360, 124 ℔. fl. 363 pr. 4910 ℔. pr. Last. —

Gerste, kl. 104 ℔. fl. 291, gr. 107 ℔. fl. 306 pr. 4320 ℔. pr. Last.

Feuilleton.

Echter Mokha.

Se. Hoheit der Vicekönig von Egypten wird sich mit echt arabischer Gastlichkeit das Vergnügen machen, auf der Pariser Weltausstellung dieses Jahres alle Jene, welche sein „Khaweh' mit ihrem Besuche beehren wollen, mit einer Tasse des echtesten Mokha gratis zu bewirthen. Und er kann ihn wirklich haben, den echten Stoff aus Jemen! Aber welche Gegensätze! Da fällt uns gerade ein, daß ein egyptischer Chalif einst das Gebot ergehen ließ, den Inhalt aller Kaffeesäcke im Lande der Pharaonen in den Nil zu entleeren, die Säcke selbst zu verbrennen und alle Töpfe, Schalen und Unterschalen zu vernichten, in, auf und aus welchen jemals das edle Getränk gekocht, credenzt und getrunken worden. Denn es hatten sich schwere Bedenken erhoben von Seiten der Ulemas, ob der Kaffee nicht für ein berauschendes Getränk zu halten sei, gleich dem Wein, den der Koran verbietet. Galt ja auch in der älteren Sprache das Wort Khaweh als eine Bezeichnung des Weins. Aber glücklicherweise fand unter den Stützen und Säulen des Islam selbst ein Schisma in dieser wichtigen Sache statt, und es siegte die Meinung, der Kaffee könne nicht verwerflich sein, denn er schläfere nicht ein, wie berauschende Getränke thun, sondern erhalte die Gläubigen wach zum Gebet. Der Kaffee siegte damals über etliche fanatische Mucker, die des Chalifen Ohr belagerten und hat seitdem die Welt überwunden, und ein Nachfolger der Chalifen, gegen welche einst die Blüthe französischer Ritterschaft unter dem heiligen Ludwig kämpfte, ein Herrscher im Lande jener Pyramiden, das das französische Blut trank, welches der Erste Napoleon dort zu vergießen für gut fand, ein Nachfolger der Chalifen läßt heute im Bois des Boulogne ein arabisches Khaweh erbauen und ladet die Franken gastlich zum Genuß des echten Tranks aus Jemen.

„Echt" will hier aber viel sagen; das Product, mit welchem die Menschheit in Europa und Amerika ihrem Nervensystem so unbarmherzig mitspielt, ist weit davon entfernt, auf jenes Prädicat Anspruch machen zu können. Der echte Kaffee, gewöhnlich Mokha genannt, nach dem Hafen, aus welchem er hauptsächlich verschifft wird, wächst nur in Jemen. Allein wenig, sehr wenig von dem echten Mokha findet seinen Weg westlich über Konstantinopel hinaus. Arabien selbst nebst Syrien und Egypten consumiren volle zwei Drittheile und das Uebrige wird fast ausschließlich von türkischen und armenischen Kehlen verschlungen. Aber auch diese bekommen nur einen sehr kleinen Theil des reinsten und besten. Bevor er die Häfen von Alexandria, Jaffa, Beirut u. s. w. erreicht, um weiter ausgeführt zu werden, sind die Ballen bereits mehr als einmal durchgesiebt und Bohne für Bohne gesichtet, und alle harten, runden, halb durchsichtigen, grünlich-braunen Bohnen, die allein verdienen geröstet und gestoßen zu werden, sind sorgfältig und von geübten Fingern ausgelesen worden, und nur der geringere Rest von flachen, undurchsichtigen, weißlichen Bohnen übrig gelassen. Dieser Sichtungsproceß geht so regelmäßig, vor sich, daß man in der Qualität des Mokha, d. i. des Jemenkaffees, innerhalb der Grenzen Arabiens selbst eine Gradation beobachten kann, so regelmäßig, wie die Grade auf einer Landkarte, je nachdem man sich dem Wadi Nedschran und der Nachbarschaft von Mekka, den ersten Stufen des nach allen Seiten sich ausbreitenden Kaffeehandels, nähert, oder von dort entfernt. Ich selbst, so erzählt William Giffred Palgrave, dessen trefflicher „Reise in Arabien" wir diese und die folgenden Angaben entnehmen, bin unzähligemale Augenzeuge dieses Aussiebens gewesen; die Operation wird mit der größten Genauigkeit vorgenommen und erinnerte mich an die Sorgsamkeit der amerikanischen Diamantensucher bei Durchstöberung des Sandes nach dem winzigen, aber kostbaren Schatze.

Der Kaffee wird auf drei Hauptlinien von Jemen ausgeführt, über das Rothe Meer, durch das innere Hedschaz und durch Kasim. Die erste Linie führt nach Egypten, die zweite nach Syrien, die dritte nach Nedsched und Schomer. Daher kommt es, daß von allen Ländern außerhalb der Grenzen Arabiens Egypten und Syrien noch am besten mit diesem spezifisch arabischen Producte versorgt sind. Ueber Alexandrien und die syrischen Häfen erhalten Konstantinopel und die nördlichen Länder ihren schon sehr verringerten Antheil. Aber dieses letzte Stadium des Transports fördert selten echte Waare weiter, es müßten denn besondere Maßregeln getroffen und persönliche Freundschaft oder Interesse im Spiele sein. Wo der Handel allein dabei betheiligt ist, findet in den verschiedenen Waarenlagern an der Küste häufig eine Vertauschung mit geringerer Qualität oder eine Verfälschung statt, die nicht besser ist als Vertauschung, so daß das, was den Markt von Mokha zur Ausfuhr nach Europa und dem Westen verließ, mit der wirklich Jemenischen Pflanze so wenig gemein hat, wie die Fabricate der Londoner Weinschänken letzten Grades mit dem edlen Gewächs von Oporto.

Die zweite Spezies Kaffee, welche Manche dem von Jemen sogar vorziehen, die aber nach Palgrave's Meinung geringer, ist der abyssinische; die Bohne ist größer, unterscheidet sich von dem Jemenischen durch den Geschmack und ist weniger erhitzend, jedoch eine ausgezeichnete Spezies, und wenn je dem Menschen erlaubt sein wird, die Segnungen des reichen Landes, welches sie hervorbringt, zu genießen, so wird sie wahrscheinlich bedeutend angebaut und ein wichtiger Handelsartikel werden. Hier aber ist, wenigstens nach orientalischem Geschmacke, die Liste des Kaffees zu Ende und beginnt die Liste der „Bohnen".

Unter diesen steht obenan das indische Product nebst dem Wenigen, welches die in jeder Hinsicht ähnlichen Anpflanzungen in Oman liefern. Diese Sorte bestreitet den Bedarf fast aller Kaffeetrinker von Dafar bis Besrah und von da weiter nach Bagdad und Mosul. Araber, Perser, Türken, Kurden, und wie sie Alle heißen, haben keinen anderen Kaffee. „Wer nicht an den Jemenischen Kaffee gewöhnt ist," sagt Palgrave, „mag die indische Art ganz erträglich und selbst wohlschmeckend finden; ich kann aber ohne Uebertreibung sagen, daß sie, wenn man direct aus Nedsched oder Kasim kommt, kaum zu genießen ist. Die unregelmäßige Gestalt und schwärzliche Farbe der Bohne, namentlich der Mangel des halb durchsichtigen, dem Alabaster ähnlichen Aussehens, welches der guten jemenischen Varietät eigen ist, macht den Unterschied zwischen den beiden Arten dem bloßen Auge bemerkbar, nicht blos dem Gaumen."

„Es ist möglich, daß mit der Zeit und bei sorgfältiger Pflege der indische Kaffee endlich beinahe ein Nebenbuhler des jemenischen, wenigsteus des abyssinischen werden kann. Bis jetzt ist er es aber noch nicht. Welchen Ursachen dieses beizumessen, ob dem Boden, dem Klima oder der Art der Bebauung läßt sich nicht sagen.

Der amerikanische Kaffee nimmt nach dem Urtheile aller Orientalen die letzte Stelle ein, und die Ausartung dieses Erzeugnisses der alten Welt in der neuen ist nicht weniger merkwürdig, als die, welche man bei Reis, Thee u. s. w. bemerkt hat, und ist von einem analogen Charakter."

Ueber den Javakaffee will Palgrave nicht urtheilen, da er ihn nie gekostet hat. Er habe ihn wol loben hören, allein nur von Europäern; Orientalen hätten ihn in seiner Gegenwart niemals erwähnt; vielleicht rechneten sie ihn mit zu dem indischen.

Hören wir nun, wie das echte Getränk von arabischen Händen bereitet wird. Die Scene ist das „Khaweh", d. i. das zur Bewirthung mit Kaffee bestimmte ebenerdige Besuchszimmer im Hause eines wohlhabenden Mannes im Wadidschauf. Palgrave erzählt: „Die Ecke des Khaweh ist zugleich der Ehrenplatz, von wo Ehre und Kaffee progressiv nach allen Seiten des Gemachs ausstrahlen, und hier sitzt demgemäß der Hausherr selbst, oder die Gäste, welche er besonders auszeichnen will.

Auf dem breiten Rande des Ofens oder des Feuerloches, je nach dem der eine oder das andere vorhanden, steht eine prahlerisch aufgestellte Reihe kupferner Kaffeetöpfe von verschiedener Größe und Gestalt, im Nedsched immer sehr zierlich und den östlichen Districten hoch und schlank, mit verschiedenen Schnörkeln in zierlichem Relief, langen schnabelförmigen Gußröhren und hohen thurmartigen Deckeln. Die Anzahl dieser Geräthe ist oft bis ins Lächerliche groß, um den Reichthum und die Munificenz des Hausherrn zu zeigen, da man daraus auf die Menge der Gäste und den großen Aufwand an Kaffee schließen kann, den er ihretwegen machen muß

Hinter diesem Ofen sitzt, wenigstens in reichen Häusern, ein schwarzer Sklave, dessen Name gewöhnlich in der Diminutivform genannt wird, um Vertraulichkeit oder Zuneigung auszudrücken. Diesem liegt es ob, den Kaffee zu machen und einzugießen; wo kein Sklave ist, verrichtet der Herr selbst oder einer seiner Söhne diese Pflicht der Gastlichkeit, die ziemlich beschwerlich ist, wie wir bald sehen werden.

Ohne Verzug beginnt der Sklave seine Vorbereitungen. Diese fangen damit an, daß er etwa fünf Minuten lang mit dem Blasebalge in die Kohlen bläst, bis diese in die gehörige Gluth kommen. Hierauf setzt er den größten Kaffeetopf, ein umförmliches Ding, etwa zu zwei Drittheilen mit Wasser gefüllt, dicht an den Rand des glühenden Kohlentrichters, damit das Wasser allmälig warm wird, während er seine übrigen Operationen vornimmt. (Schluß folgt.)

Kirchliche Nachrichten
für die Zeit vom 4. bis 11. März.

St. Marien. Getauft: Söhne. Franz Max d. Schuhmachermeister Wall, Carl Theodor Arthur d. Calcant Witting, Georg Carl Bogislaw d. Calculator Mielke, Tochter Agnes Emma Ottilie Felixitas d. Kaufmann Fr. Hein jr.

Aufgeboten: Kaufmann Friedr. Wilh. Lehmann m. Igfr. Johanna Maria Dorothea Kaefer in Neuschottland, Färbermstr. Rud. Gottlieb Schlicht in Nauen mit Igfr. Wilh. Frieder. Auguste Johannes in Lindow.

Gestorben: Adelhaide Charlotte Anna, Tochter d. Kaufmanns Bünsow, 2 J. 20 T., Gehirnleiden, Schuhmachermstr. Andreas Lesch, 60 J. 2 M. 4 T. Pocken, Igfr. Johanna Concordia Walter, 83 J. 1 M. 2 T., Alterschwäche.

St. Johannis. Getauft: Sohn, Paul Hermann Theodor d. Malermeister Gröhn, 1 unehel. Kind.

Aufgeboten: Hr. Gottlieb Ed. Ottomar Theuerkauff in Belitz m. Igfr. Aug. Wilh. Adelh. Giesel, Rentier u. Wittwer Julius Ernst Steinhagen in Ohra m. Igfr. Christ. Louise Panzer, Restaurateur Werner Ernst Carl Gottlieb Hoffmann m. Igfr. Pauline Emilie Nitz in Bütow, Handlungsgehülfe Mich. Ad. Julius Papin in Letzkau m. Fr. Math. Jen. verwittw. Stahlschmied Pachur geb. Burau, Friedrich Pensky m. Igfr. Aug. Therese Paultzen, Maurerges. Friedr. Heinrich Hintz in Quadendorf m. Wihelmine Charlotte Holtz.

Gestorben: Kornmesser Louis Andr. Steinhaus, 47 J. Todesart unbest., Wittwe Charlotte Hensel geb. Ditchen, Leberkrankheit, Julius Albert Sohn d. Schneiderges. Pahlke, 6 J., Darmschwindsucht 1 uneheliches Kind.

St. Trinitatis. Getauft: Söhne, Oscar Herrmann d. Kutscher Reinhardt, Arthur Emil d. Victualienhändler Krause, Zwillingssöhne Otto Emil u. Adolph Oscar d. Bahnhofswächter Frank.

Aufgeboten: Der Schmiedegesell August Scharwatzki m. Igfr. Wilbelmine Luise Weinkauf.

St. Petri u. Pauli. Getauft: Sohn, August Emil Felix d. Schreiblehrer Emil Preußer.

Gestorben: Glasermeistersrau Henriette Siemens, 57 J. 4 M. Nierenkrankheit, Ernst Gustav Heinrich Hirschfeldt, 3 M. Darmkatarrh.

Angemeldete Fremde am 12. März 1367.

Englisches Haus. Die Herren: Rittergutsbesitzer v. Krise nebst Gem. a. Smaczin, Freitag a. Bromberg, Kaufl. Keiler, Schlesinger und Rosenkranz a. Berlin, Wallenberg a. Königsberg, Stiel a. Amsterdam.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Kaufl. Jamport a. Mewe, Klostermann a. Potsdam, Grote a. Barmen, Aschenbach a. Gera, Arns a. Remscheid, Seidel a. Berlin, Steinert a. Thorn.

Walters Hotel. Die Herren: prakt. Arzt Dr. Faustmann a. Berlin. Kaufl. Eckstorff aus Berlin, Tarnowski a. Breslau, Grone aus Oldenburg, Fabrikbesitzer Teichgräber aus Zuchau, Frau Bimstein a. Seefeld bei Berl.

Berliner Börse vom 10. März.

Wechsel-Course vom 9.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	$143^7/_8$ bz
do. 2 Monat	5	$143^1/_8$ bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	$151^7/_8$ bz
do. 2 Monat	4	$151^3/_8$ bz
London 1 Lstrl, 2 Monat	4	6. $23^3/_4$ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	81 bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	$79^5/_8$ bz
do. do. 2 Monat	5	$79^1/_4$ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56 24 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	$3^1/_2$	56 26 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	$99^5/_6$ G
do. 3 Monat	6	$99^5/_{12}$ G
Petersburg 100 R. 3 Woch.	7	$89^3/_4$ bz
do. do, 3 Monat	7	$88^1/_2$ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	$4^1/_2$	$110^7/_8$ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	$81^1/_8$ bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	$104^1/_8$ bz
Freiw. Anleihe	$4^1/_2$	100 bz
St.-A. von 54—55, 57	$4^1/_2$	$100^1/_4$ bz
do. von 59	$4^1/_2$	$100^1/_4$ bz
do. von 56	$4^1/_2$	$100^1/_4$ bz
do. von 64	$4^1/_2$	$100^1/_4$ bz
do. von 50—52	4	$91^3/_4$ bz
do. von 53	4	$91^3/_4$ bz
do. von 62	4	$91^3/_4$ bz
Staats-Schuldscheine	$3^1/_2$	$84^3/_4$ bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	$3^1/_2$	$121^3/_4$ bz
Kr.- und Nm. Sch.	$3^1/_2$	$82^3/_4$ G
Od.-Dchb.-Oblig.	$4^1/_2$	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	$3^1/_2$	$79^1/_4$ bz
do. neue	4	$90^1/_2$ bz
Ostpreußische Pfandbriefe	$3^1/_2$	78 G
do.	4	$86^3/_4$ bz
Pommersche "	$3^1/_2$	$78^7/_8$ bz
do "	4	$90^3/_8$ bz
Westpreußische Pfandbriefe	$3^1/_2$	77 G
do. "	4	86 bz
do. neue	4	— —
do. do.	$4^1/_2$	$94^3/_4$ bz
Preußische Rentenbriefe	4	$91^1/_8$ G

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.